

Grüne fordern Kontrolle: AfD-Beamte auf der Kippe!

Die Grünen in BW fordern die Überprüfung der Verfassungstreue von AfD-Beamten, um den Staat zu schützen.



Bremerhaven, Deutschland - In einem brisanten Schritt fordern die Grünen in Baden-Württemberg eine umfassende Überprüfung der Verfassungstreue von Beamten, die Mitglieder der Alternative für Deutschland (AfD) sind. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD als gesichert rechtsextremistisch eingestuft hat. Die Initiative wurde in einem Schreiben an Innenminister Thomas Strobl (CDU) formuliert und trägt die Unterschriften von Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz sowie seinem Stellvertreter Oliver Hildenbrand. Ziel dieser Forderung ist es, den Staat vor möglichen Verfassungsfeinden in seinen eigenen Reihen zu schützen, wie **Welt** berichtet.

Die Grünen argumentieren, dass die AfD-Mitgliedschaft im engen Zusammenhang mit dem Diensteid der Beamten stehe, insbesondere für jenen Personenkreis, der in Justiz- und Sicherheitsbehörden tätig ist. Deshalb fordert die Fraktion eine umfassende Prüfung der Verfassungstreue solcher Beamten sowie eine Überprüfung ihrer waffenrechtlichen Erlaubnisse. In der Vergangenheit gab es bereits Diskussionen über die Notwendigkeit, rechtsextreme Tendenzen im Staatsdienst ernsthaft anzugehen, wie in dem Bericht von **ZDF** skizziert.

Herausforderungen bei der Umsetzung

Das Innenministerium hat jedoch vor voreiligen Entscheidungen gewarnt. In einer Stellungnahme betonte man die Wichtigkeit eines einheitlichen Vorgehens von Ländern und Bund, um unterschiedliche Entscheidungen in den Bundesländern zu vermeiden. Die Sprecherin des Innenministeriums äußerte Bedenken, dass eine pauschale Sanktionierung von Beamten aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit nicht angemessen sei. Während die Verfassungstreue von Beamten individuell geprüft werden müsse, bleibt eine Mitgliedschaft in der AfD nicht automatisch ein Ausschlusskriterium für den Beamtenstatus, wie auch **Welt** feststellt.

Ein richtungsweisendes Gespräch über den Umgang mit AfD-Mitgliedern im Staatsdienst ist für die kommende Innenministerkonferenz im Juni 2025 in Bremerhaven angesetzt. In anderen Bundesländern, wie Hessen und Bayern, wird bereits erwogen, spezifische Richtlinien für die Beschäftigung von AfD-Mitgliedern zu erlassen.

Rechtsextremismus in Deutschland: Aktuelle Zahlen

Die Diskussion um den Umgang mit AfD- und Beamtenmitgliedern ist Teil eines größeren Problems. Laut aktuellen Zahlen des Verfassungsschutzes ist das

Personenpotenzial der gewaltorientierten Rechtsextremisten in Deutschland auf etwa 14.500 Personen gestiegen. Im Gesamten wurde das rechtsextremistische Personenpotenzial für 2023 auf 40.600 Personen geschätzt, wobei die Zahl um 1.800 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist. Im Jahr 2023 wurden darüber hinaus 25.660 rechtsextremistische Straftaten verzeichnet, was einem Anstieg von 22,4 % im Vergleich zu 2022 entspricht. Dies weist auf einen besorgniserregenden Trend hin, der die Notwendigkeit einer konsequenten und effektiven Strategie im Kampf gegen Rechtsextremismus verdeutlicht, wie aus den Informationen des **Verfassungsschutzes** hervorgeht.

Die Entwicklung erfordert nicht nur politische Maßnahmen, sondern auch ein gesellschaftliches Umdenken über die Integrität und Loyalität im öffentlichen Dienst. Die Belange der Verfassungstreue, insbesondere bei Beamten, stehen im Mittelpunkt dieser notwendigen Diskussion.

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ort	Bremerhaven, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.welt.de• www.zdf.de• www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de